

Politik für Senioren – wer steht wirklich dafür?

Der demographische Wandel in unserer Gesellschaft wird regelmäßig in Sonntagsreden beschworen. Und dann?

Obwohl jeder 3. Wähler in der Bundesrepublik Deutschland über 60 Jahre alt ist, bei den Parteien ist es jedes 2. Mitglied, sind Lebensverbesserungen für Seniorinnen und Senioren mit der Lupe zu suchen. Vielen droht im Alter sogar Armut.

Auch der 7. Altenbericht der Bundesregierung wird gewiss ohne Konsequenzen bleiben und man hat den Eindruck, wichtige Teile einer Seniorenpolitik bleiben auf der Strecke. Einzige Dauerbrenner der politischen Debatte sind die Absenkung des Rentenniveaus und das Renteneintrittsalter.

Auch in unserer Kommune, wo vor 11 Jahren der Altenbericht durch ehrenamtliches Engagement erarbeitet wurde, hat sich für die Seniorinnen und Senioren kaum etwas verändert. Die im Altenbericht angemahnten altengerechten Wohnmöglichkeiten, vor allem betreutes Wohnen, fehlen im Doppeldorf weiterhin. Ältere Bürger suchen Angebote, die es auch in den Nachbarorten nicht im Überfluss gibt und müssen gegebenenfalls ihr gewohntes soziales Umfeld verlassen. Selbst die Forderung nach mehr und sicheren Radwegen hat die Kommune bislang nicht eingelöst. Das weit verbreitete, eigentlich verbotene Fahren auf Gehwegen kann nicht die Lösung sein.

Nachdem eine Gruppe von Ehrenamtlichen im Jahre 2012 eine Fortschreibung des Altenberichtes der Verwaltung und der Gemeindevertretung übergeben hatte, sind wesentliche Forderungen der älteren Bürger weiterhin offen. Sowohl 2006 beim Altenbericht, als auch 2012 bei seiner Fortschreibung, war in der Arbeitsgruppe unsere Fraktion als einzige aus dem Gemeindeparlament vertreten.

Am 22. Mai 2014 wurde in der letzten Sitzung der 4. Legislaturperiode vom Seniorenbeauftragten und seinem Beratergremium zusammen mit der Linksfraktion ein seniorenpolitischer Antrag in die Gemeindevertretung eingebracht und trotz verbaler Proteste einiger Abgeordneter und des Bürgermeisters mit Mehrheit verabschiedet. Sieht man sich dieses 10-Punkte-Programm seniorenpolitischer Maßnahmen einmal näher an, so wird man bemerken, dass davon bisher nur wenig umgesetzt ist.

16 Monate nach diesem Beschluss ist wenigstens eine halbe Stelle für eine Sozialberatung eingerichtet worden. Die Skepsis

(Fortsetzung...)

DIE LINKE für Sie in den Bundestag!

Kerstin Kühn, Rechtsanwältin aus Bernau, kandidiert direkt für den Bundestag. Zu ihrem Wahlkreis gehört auch Petershagen/Eggendorf.



Frau Kühn, der Berliner Speckgürtel wächst. Vollerorts sind die Schulen und Kitas voll, so auch bei uns. Ein Neubau stellt die Kommunen vor erhebliche finanzielle Belastungen. Was halten Sie von den Forderungen, dass der Bund und die Länder wieder mehr in den Bau von Schulen und Kitas investieren sollen?

Mehr Investitionen von Bund und Land wäre eine Möglichkeit. Allerdings hat das auch Grenzen. Entscheidend ist vielmehr, dass die Finanzausstattung der Kommunen grundlegend verbessert werden muss. Über notwendige Investitionen in Schulen und Kitas wird am besten vor Ort entschieden – deshalb sollten die Mittel auch vor Ort eingesetzt werden können, ohne Beeinflussung „von oben“.

Sie haben vor, sich im Bundestag für eine Gesundheitspolitik zum Wohl der Menschen einzusetzen. Erklären Sie doch bitte unseren Lesern das Modell der LINKEN für eine Bürgerkrankenversicherung.

Wir brauchen eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung: Das ist eine Kasse für alle, ohne Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, eine Kasse, in die alle entsprechend ihres gesamten Einkommens einzahlen. Eine Kasse für alle, damit es für alle besser und bezahlbar wird. Selbstständige, Freiberufler, Beamte, Abgeordnete und Minister müssen in eine solche solidarische Versicherung einbezogen werden. Neben Löhnen und Gehältern sollten auch Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden und Tantiemen) sowie Miet- und Pachterlöse einbezogen werden. Nach oben darf es weder eine Versicherungspflichtgrenze noch Beitragsbemessungsgrenzen geben, die es privilegierten Personengruppen erlauben, in exklusive Sicherungssysteme auszuweichen und sich ihrer Verantwortung für sozial Benachteiligte (ganz oder teilweise) zu entziehen.

Alle Parteien, selbst die CDU, schlagen vor der Wahl vor, für mindestens ein Jahr oder generell keine Kitagebühren mehr zu erheben. Angesichts der über 2,5 Mio. Kinder, die in Haushalten unter dem europäischen Existenzminimum leben, erscheint diese finanzielle Erleichterung für Familien als nicht

ausreichend. Wäre es nicht sinnvoller, eine Grundsicherung für bedürftige Kinder einzuführen, um etwas gegen die Kinderarmut in Deutschland zu tun?

Die Einführung eines kostenlosen KITA-Jahres unter Berücksichtigung der finanziellen Situation der Familien ist sicher schon ein wichtiger Schritt. Darüber hinaus fordert die LINKE weitere Schritte, um die Kinderarmut zu beseitigen. Wir wollen das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen und eine Kindergrundsicherung von 564 Euro einführen.

Die Gesetzgebung im Bereich der Pflegeversicherung wird immer komplizierter. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen wissen oft gar nicht, welche Rechte sie haben und welche Anträge sie stellen müssen. Wie könnte man angesichts dieser Situation unabhängige Beratungsangebote in den Kommunen schaffen? Sollten die Bundesregierung und die Pflegekassen nicht entsprechende Gelder zur Verfügung stellen, um den Slogan „Alt werden und Pflege im Quartier“ mit Leben zu erfüllen?

Diese unabhängigen Beratungseinrichtungen gibt es bereits. In den Pflegestützpunkten, als neutrale Beratungsstelle für Menschen, die Informationen aus einer Hand rund um das komplexe Thema Pflege benötigen, finden Pflegebedürftige sowie Angehörige sachkundige Ansprechpartner. Sicher muss aber darüber hinaus in zwei Richtungen gedacht werden. Zum einen sollte das Netz der Stützpunkte verdichtet werden. Zum anderen ist es notwendig, eine solidarische Pflegeversicherung einzuführen, so dass die Mittel auch dort eingesetzt werden können, wo sie benötigt werden.

Danke für das Gespräch. Stephan Schwabe
mehr zu Kerstin Kühn unter www.kerstin-kuehn.de

(... Fortsetzung)

des Bürgermeisters, ob wir so etwas in der Gemeinde überhaupt brauchen, wurde bald durch die Praxis widerlegt. Über 500 Mal wurde nach gut einem Jahr die Beratungsstelle persönlich oder per Telefon um Hilfe gebeten.

Besonders beschämend verlief die Neuausschreibung der Stelle des Seniorenbeauftragten und eines Beratergremiums samt Satzung, wie es der Beschluss unter Punkt 2 forderte. Nachdem für die neue Legislatur im Sommer 2014 die Stelle des Seniorenbeauftragten ausgeschrieben wurde und sich als Einziger der engagierte und kompetente bisherige Seniorenbeauftragte beworben hatte, ließ man die Bewerbung im Sande verlaufen, da die Mehrheit der Gemeindevertreter nun auf einmal einen Seniorenbeirat haben wollte. Die Legislatur war schon 33 Monate alt, ehe endlich 5 Bewerber für den Seniorenbeirat gefunden und im April 2017 berufen wurden.

Auch in den Nachbargemeinden steht aktive Altenhilfe nicht auf der Agenda. Der Sozialverband VdK hat den Gemeinden in der S5-Region ein Angebot gemacht, einen mobilen Hilfsdienst in der Region zu stationieren, der mobilitätsbehinderte ältere Bürger und Pflegebedürftige zu Freizeit- und Familienveranstaltungen begleitet und über die Möglichkeiten und Angebote von Sport und Kultur informiert und berät. Dieser Hilfsdienst müsste über die Finanzierung durch die Pflegeversicherung hinaus von jeder Kommune pro Jahr mit 8.000 bis 9.000 € unterstützt werden, um auch ältere Bürger ohne Pflegegrad in ihrer Mobilität unterstützen zu können.

Der Bürgermeister von Fredersdorf/Vogelsdorf meint angesichts der Verpflichtung, Kitas und Schulen zu bauen, habe die Gemeinde dafür kein Geld. Der Bürgermeister von Neuenhagen sieht in seinem Ort keinen Bedarf dafür. Der Bürgermeister von Altlandsberg reagiert erst gar nicht. Nur Hoppegarten ist bereit, einen Raum, ein Telefon und einen Computer für das Koordinierungsbüro zu stellen. Petershagen/Eggersdorf will „die Reaktionen in der Region erst einmal abwarten“...

Trotz der Kampagne des Landes „Alt werden und Pflege im Quartier“ und der Aufforderung des Bundes im 3. Pflege-stärkungsgesetz, die Kommunen müssten ihre Altenhilfe aktivieren scheint Seniorenpolitik, die die Daseinsfürsorge für immerhin ¼ der Einwohner ernst nimmt, in unserem Ort nicht gefragt zu sein.

Klaus Körner

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.

Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwahren Auszügen vor.

Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz Wolfgang Zielke
Elbestr. 5 Bötzseestr. 120 b
15370 Petershagen 15345 Eggersdorf



- **Gute Arbeit für alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst**
- **Gute Renten für alle!**
- **Soziale Sicherheit statt Hartz IV, Armut und Schikane**
- **Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung und mehr Personal in Pflege und Gesundheit**
- **Ungleichheit ist unsozial. Wir steuern um**
- **In die Zukunft investieren**
- **Die Mieten runter!**
- **Gute Bildung. Für alle**
- **Für eine vielfältige, partizipative und allen zugängliche Kultur**
- **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West**
- **Integration heißt soziale Offensive und gleiche Rechte für alle**
- **Für einen linken Feminismus – sozial gerecht, sexuell selbstbestimmt und aktiv gegen Gewalt**
- **Queer – Gleichberechtigung für alle Lebensweisen!**
- **Menschen und Natur vor Profite – für eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft der Zukunft**
- **Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt**
- **Für ein Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne**
- **Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt**
- **Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt!**

Bürgerprotest macht es möglich: Sanierung L 33 startet Anfang 2018

Im I. Quartal des Jahres 2018 wird mit der Sanierung der L 33 (Altlandsberger Chaussee in Eggersdorf) begonnen. Das geht aus einer Antwort des Brandenburger Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung auf eine entsprechende Anfrage des Landtagsabgeordneten Marco Büchel (DIE LINKE) hervor.

Der Information zufolge befindet sich die Maßnahme derzeit im Planfeststellungsverfahren. Am 10. und 11. Mai gab es dazu Erörterungstermine. Der Planfeststellungsbeschluss soll im Herbst diesen Jahres gefasst werden. Wie das Ministerium weiter mitteilte, ist die Sanierung der Ortsdurchfahrt Eggersdorf Bestandteil des „P-100-Programms“ und soll als Gemeinschaftsmaßnahme mit der Gemeinde durchgeführt werden.

Marco Büchel, MdL Brandenburg

Endlich neue Plätze schaffen!

Unsere Gemeinde hat viel zu bieten, nur eines leider nicht: Genug Kitaplätze. Nicht umsonst beschäftigt dieses Thema seit geraumer Zeit Gemeindevertreter, die Verwaltung und die vielen Eltern, die sich bangend fragen, ob sie für ihr Kind einen der begehrten Plätze bekommen. Es besteht dringender Handlungsbedarf!

Nun könnte man fragen, warum es so weit kommen musste. DIE LINKE hat in den letzten Jahren immer wieder mit Anfragen, Mahnungen und Beschlusanträgen auf das Problem hingewiesen. Dies fand jedoch kaum die Aufmerksamkeit der anderen Fraktionen und der Verwaltung. Längst ist klar, dass ohne weiteren Verzug angepackt werden muss, um das Problem zu lösen.

Eine Diskussion zu neuen Kriterien für die Vergabe von Kitaplätzen mag kurzfristig hilfreich sein, verschiebt aber lediglich den Mangel. Wo Geschwisterkinder bevorzugt Plätze bekommen sollen, hätten Einzelkinder einen Nachteil... Daher kann nur die schnelle Schaffung von ausreichend neuen Kitaplätzen die Lösung sein.

Wir bleiben auf jeden Fall weiter dran. Versprochen.

Thomas Kraatz, Gemeindevertreter

Amerikanische Kuckuckseier: Atomwaffen

Es war noch nie ein gutes Gefühl, auf Sprengstoff zu schlafen. Man möchte gar nicht mehr ruhig schlafen, seit Herr Trump den roten Knopf dazu in der Hand hält.

Am Sitz der UNO in New York haben auf Initiative der ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen) Vertreter von 132 atomwaffenfreien Ländern Verhandlungen aufgenommen mit dem Ziel, ein völkerrechtliches Verbot zu erreichen. Aber alle Atomwaffenstaaten boykottieren diese Verhandlungen, auch die meisten Nato-Länder und Deutschland.

Ein Verbot hätte nicht nur symbolische Bedeutung. Es müssten dann auch US-Atomwaffen aus jenen Ländern abgezogen werden, die den Vertrag unterschreiben. Das wäre für Deutschland ein dringliches Anliegen, zumal der begonnene Ausstieg aus der Atomenergie ein erster Schritt für ein atomfreies Land ist.

Doch was sagt die Bundesregierung? Deutschland beteiligt sich nicht an dieser Maßnahme, lehnt es auch ab, einen möglichen Vertrag zu unterschreiben und hält sich aus den Gesprächen heraus, so Außenminister Gabriel (SPD, vgl. MOZ v. 16.06.2017). Welch ein Schlag ins Gesicht der friedliebenden Mehrheit der Menschen in Deutschland! Und auch deshalb:

Es ist an der Zeit, die Stimme noch energischer zu erheben: Weg mit den Atomwaffen! Sofort und für immer!

Unsere Partei hat diese Forderung eindeutig in ihr Wahlprogramm geschrieben.

Wolfgang Förster